

Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des RGRE in Ettlingen:

# Digitale Revolution in allen Bereichen spürbar

Unter dem Motto „Kommunen im digitalen Zeitalter – Herausforderungen, Chancen, Möglichkeiten“ versammelten sich mehr als 250 Kommunalpolitikerinnen und -politiker der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 5. und 6. Oktober 2015 auf Einladung des Landkreises Karlsruhe in Ettlingen zur alle drei Jahre stattfindenden Delegiertenversammlung. Als prominente Redner hatte die deutsche RGRE-Sektion den EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Günther H. Oettinger, und den ehemaligen Innovationsberater von Hillary Clinton, Dr. Ben Scott von der Stiftung Neue Verantwortung, gewinnen können.

Ein Beitrag von  
Barbara Baltsch

„So! Fast da! ...bei der RGRE-Delegiertenversammlung. So lernt man auch mal unbekannte Fleckchen in Deutschland kennen!“, postete Lena-Sophie Müller am 5. Oktober 2015 auf ihrem Twitter-Account. Die Geschäftsführerin der Initiative D21 e.V., Deutschlands größter gemeinnütziger Partnerschaft von Wirtschaft und Politik für die Gestaltung und Entwicklung der digitalen Gesellschaft, war eine der Referentinnen bei der Delegiertenversammlung der **Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)** am 5. und 6. Oktober 2015 in Ettlingen. Insgesamt waren rund 250 Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus dem gesamten Bundesgebiet der Einladung der deutschen RGRE-Sektion und des Landkreises Karlsruhe in die badische Kreisstadt am Rande des Schwarzwalds gefolgt, um über die Herausforderungen, aber auch über die Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung für die kommunale Ebene zu diskutieren.

„Wir sind hier nicht nur deshalb am richtigen Ort, weil wir hier mit großer Gastfreundschaft empfangen worden sind, sondern auch, weil wir hier in einer Region und in einem Bundesland sind, das beim Thema unserer Veranstaltung an vorderer Stelle der



Foto: Barbara Baltsch

Entwicklung steht“, betonte der scheidende RGRE-Präsident Karl-Heinz Schäfer in seiner Begrüßungsrede. Die Region werbe mit dem Slogan „Technologieregion Karlsruhe“ und das Land Baden-Württemberg habe bundesweit Aufmerksamkeit erregt, als Ministerpräsident Winfried Kretschmann in seiner Regierungserklärung im Oktober 2014 unter dem Titel „Heimat, High Tech, High Speed“ angekündigt habe, das Land zum Vorreiter der Digitalisierung zu machen. Laut Ministerpräsident Kretschmann hätten in Baden-Württemberg 70 Prozent der Haushalte Anschluss an das Hochgeschwindigkeitsinternet – mehr als in jedem anderen Flächenland.

Der scheidende RGRE-Präsident Karl-Heinz Schäfer eröffnete die Delegiertenversammlung in der Schlossgartenhalle von Ettlingen

## Zur Autorin:

Barbara Baltsch ist Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.



Foto: Barbara Balttsch

Mehr als 250 Kommunalpolitikerinnen und -politiker diskutierten über die Herausforderungen, aber auch über die Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung für die kommunale Ebene

Dass innerhalb von Baden-Württemberg auch der Landkreis Karlsruhe zu den Vorreitern beim Breitbandausbau zählt, machte Gastgeber Dr. Christoph Schnaudigel deutlich. Für den Ausbau habe der Landkreis eine eigene Gesellschaft gegründet, in der auch die Städte und Gemeinden des Landkreises Gesellschafter seien. Während sie das Netz erstelle, installiere ein Telekommunikationsunternehmen die Aktivtechnik und werde das Netz betreiben. Ziel sei es, die Bürgerinnen und Bürger in den nächsten Jahren mit leistungsstarken und zeitgemäßen Breitbandanbindungen von bis zu 100 Megabit pro Sekunde zu versorgen (siehe auch Bericht zum Arbeitskreis S. 6 ff.).

## Digitale Revolution und kultureller Wandel

Dr. Ben Scott, Vorstand und Programmleiter für die Europäische Digitale Agenda bei der Stiftung Neue Verantwortung und ehemaliger Innovationsberater im Stab der früheren amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton, sprach über die Bedeutung der digitalen Medien für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Dr. Scott betonte, dass das Internet mehr als nur einen Generationswechsel in der Technologie der Massenmedien ausgelöst habe. Das Internet stelle einen dreifachen Paradigmenwechsel dar, der in einem einzigen Netzwerk konvergiere. Es verdeutliche den Umstieg der Massenmedien vom gedruckten Wort über Funkausstrahlung hin zu digitalen Medien. Zudem stelle es eine Verlagerung der Kommunikation von der Post über den Fernschreiber und das Telefon hin zu Datenpaketen dar. Und schließlich charakterisiere es den Wandel in der wirtschaftlichen Infrastruktur von der Seefahrt über den Schienenverkehr hin zum Straßenverkehr und nun zum Internet-Datenverkehr. Dabei voll-

zögen sich alle drei Entwicklungen im selben Netz und durch die mobilen Smartphones sogar auf demselben Bildschirm.

Auf diese Entwicklung, die in der Geschichte einmalig sei, müsse die Politik reagieren, so Dr. Scott. Ihre Aufgabe sei es, die positiven Effekte der Digitalisierung zu vervielfältigen und negative Folgen zu vermeiden. Europa stellte Dr. Scott dabei kein gutes Zeugnis aus. Der Kontinent sei bislang noch nicht auf die Herausforderungen, die die Digitalisierung mit sich bringe, eingestellt. „Europa hinkt hinterher“, so Dr. Scotts nüchterne Bilanz. Wolle Europa nicht den Anschluss verlieren, brauche es mehr Investitionen in die digitale Infrastruktur, einen intelligenten Datenschutz und bessere Bedingungen für die Märkte von morgen durch Innovationen.

Beim Ausbau von Breitbandnetzen warnte Scott die Europäer, nicht die Fehler der USA zu wiederholen und ihren Telekommunikationsmarkt zu Tode zu liberalisieren. Die Folge wäre ein konsolidierter Markt, in dem nur wenige große Unternehmen überlebten, was letztlich zu höheren Preisen, schlechterer Leistung und verlangsamtem Breitbandausbau führen würde. Vielmehr empfahl Dr. Scott, öffentliche Mittel in einen flächendeckenden Ausbau von Breitbandnetzen zu investieren.

Nach Ansicht von Dr. Scott kann Europa beim Thema Datenschutz dagegen von den USA lernen. Während man in Europa grundsätzlich einen ex-ante Ansatz verfolge und mögliche negative Folgen bereits von vornherein ausschließen wolle und damit viel Zeit verliere, ließen die USA im Sinne eines ex-post Ansatzes zunächst dem Markt freies Spiel. Erst wenn Probleme aufträten, werde regulatorisch eingegriffen. Scott empfahl Europa hier eine Weiterentwicklung hin zu einem „smarten Datenschutz“. Dieser könne den Rahmen für eine sicherheitspolitisch



Foto: Barbara Balttsch

Dr. Ben Scott, Vorstand und Programmleiter für die Europäische Digitale Agenda bei der Stiftung Neue Verantwortung, referierte zur Bedeutung der digitalen Medien für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

notwendige, ordnungsgemäße und legitime Überwachung der Daten im Netz schaffen.

Auch bei der Schaffung von besseren Bedingungen für die Märkte von morgen mahnte Scott einen kulturellen Wandel an. In Europa und insbesondere in Deutschland sei die Start-up-Kultur unterentwickelt. Mehr junge Menschen müssten davon überzeugt werden, dass Unternehmer ein Beruf und kein Hobby sei.

## Lieber Schlaglöcher als Funklöcher

Auch der EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Günther H. Oettinger, sah großen Nachholbedarf in Europa. Beim Breitbandausbau erinnere Europa eher an Afrika als an einen Hightech-Kontinent, kritisierte Oettinger. „Es kann nicht sein, dass ich von Frankreich nach Deutschland über die Grenze fahre, und dann für zehn Minuten ohne Netz bin. Das ist ein Wettbewerbsnachteil“. Ein leistungsfähiges Breitband- und Mobilfunknetz in Europa seien mittlerweile ebenso wichtige Standortfaktoren wie Straßen und Schienenwege, so der EU-Kommissar, der dies mit der Aussage „Lieber Schlaglöcher, als Funklöcher“ pointierte. An die rund 250 Kommunalpolitikerinnen und -politiker appellierte Oettinger beim Ausbau der digitalen Infrastruktur, Druck auf Bund und Länder zu machen, weil „ansonsten auch ihr Dorf verloren ist“.

Europa müsse sich insgesamt gewaltig anstrengen, um bei der digitalen Revolution nicht abgehängt zu werden, sagte der EU-Kommissar. Dabei kritisierte er, dass deutsche Unternehmen einen Teil der Wertschöpfung an IT-Unternehmen in den USA abgegeben hätten. Während etwa Siemens früher Mobilfunkgeräte hergestellt hätte, gingen die Daten heute eins zu eins in die USA und zurück. Deutschland und Europa müssten hier den Wettbewerb mit den USA aufnehmen, so Oettinger, der als Stichworte unter anderem die Themen Elektromobilität und autonomes Fahren nannte.

Einen weiteren Nachteil gegenüber den USA sah Oettinger beim Datenschutz und der Datensicherheit, die in der Europäischen Union immer noch fragmentiert seien.

## Infos

**Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE):**

☞ <http://www.rgre.de/>



Foto: Barbara Baltsch

Google, Amazon oder Facebook suchten sich die Länder in der EU als Standorte, in denen der Datenschutz gering sei. Zudem kümmerten sie sich nicht um nationale Datenschutz- oder gar Landesdatenschutzgesetze. Hier brauche Europa dringend ein gemeinsames Datenschutzgesetz. Insgesamt habe Europa nur mit einer europäischen Strategie die Chance, bei der Digitalisierung auf Augenhöhe mit Asien und den USA zu gehen.

Dass die digitale Revolution mittlerweile in alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens Einzug gehalten hat, wurde auch in der abschließenden Podiumsdiskussion deutlich. Unter der Moderation von Franz-Reinhard Habbel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, diskutierten die Bundestagsabgeordnete Saskia Esken als Mitglied des Ausschusses Digitale Agenda des Deutschen Bundestages, der Geschäftsführende Institutsleiter am Fraunhofer Institut für Experimentelles Software Engineering, Peter Liggesmeyer, und der Stadtdirektor der Stadt Köln, Guido Kahlen. ■

**Günther H. Oettinger, EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, warnte davor, dass Europa bei der Digitalisierung den Anschluss verliert**

## Hinweis

**Im Rahmen der Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas wurden drei Arbeitskreise veranstaltet zu den Themen**

- „Zugang und Teilhabe – Breitbandausbau in den Kommunen“,
- „Eine moderne kommunale Verwaltung – eGovernment / Bürgerservice“ sowie
- „Transparenz und Bürgerbeteiligung – Open Data“.

**Berichte dazu finden Sie auf den Seiten 6 bis 14.**